

# Nicht nur um ästhetische Kategorien: DR. PEZOLD



Musikerziehung des ganzen Volkes - Schritt zur allseitig gebildeten kommunistischen Gesellschaft. Teil des Eindringens aller Kunst in alle. Dem stetigen Vorwärtsschreiten auf diesem Weg fühlt sich Genosse Dr. Hans Pezold verpflichtet.

Seit je war seine Liebe zur Musik aktiv. Nach dem Studium der Musikwissenschaft und -pädagogik, der Philosophie und Germanistik in Leipzig arbeitete Dr. Pezold zunächst als Lehrer an höheren Schulen.

Schon damals aber ging es dem jungen Wissenschaftler nicht allein um die „Höheren“, sondern um ein echtes Verständnis der Arbeitermassen für Gehalt und Schönheit der Musik. So war er lange Zeit als Musikkritiker für die „Leipziger Volkszeitung“ tätig, was die faschistischen Kulturzerstörer ösen auch zum Anlaß nahmen, Dr. Pezold strafweise in eine Volksschule zu versetzen.

Erst nach 1945 begann die Zeit, in der Genosse Dr. Pezold seine Blütenträume reifen sieht. Zum ersten Male finden sich sein persönliches Ideal und der gesellschaftliche Auftrag: Musikerziehung des ganzen Volkes. Weit über seine Verpflichtungen als Dozent hinaus, kann, ja muß sich der heute 60-jährige entfalten. Musiklehrer wollen sich in

Kursen und Aussprachen weiterbilden, Redaktionen benötigen dringend fundierte Beiträge (Dr. Pezold ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Musik in der Schule“), Forschungszentren rufen den erfahrenen Wissenschaftler zur Mithilfe (so als freier Mitarbeiter des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts, als Leiter des Lehrmittelenwicklungszentrums Leipzig oder als Mitarbeiter am Methodischen Handbuch „Musikunterricht“).

Und nun: Nachfolgekandidat für die Stadtverordnetenversammlung Leipzig. Ein scheinbarer Sprung nur, wird Dozent Dr. Pezold doch im Musikausschuß der Kulturkommission helfen, die hervorragenden Traditionen des Leipziger Musiklebens auf breiterer Basis zu noch glanzvollerer Höhe zu führen.

Als Abgeordneter des Volkes weist sich Dr. Pezold aber auch durch seinen Einsatz im politischen Tageskampf aus. Niemals ging es ihm bei der Erziehung seiner Studenten um nur ästhetische Kategorien. Vielmehr war und ist er stets bemüht, Zusammenhänge sichtbar werden zu lassen, tätige Parteinahme zu fordern für den Staat, der alle Schöpferkräfte freisetzt, für unseren Staat.

G. Raue



Auch unsere Wissenschaftler helfen bei der Ernte. Unser Bild zeigt den Direktor des Instituts für Mineralogie und Petrographie, Genossen Prof. Dr. Neels, auf einem Feld der LPG „10. Jahrestag“ in Gerichshain-Mochern. An diesem Ernteeinsatz beteiligten sich - das gute Erntewetter auszunützend - alle gesunden und abkömmlichen Kollegen des Instituts.

Prof. Dr. Neels, der gezeigt hat, daß man jetzt im Kampf gegen die westdeutschen Militäristen überflüssig mit Wert und Tot aktiv zupacken muß, erhielt in diesen Tagen zahlreiche Briefe, in denen sich Kollegen seiner vorbildlichen Einsatzbereitschaft für unser sozialistisches Vaterland anschließen. Die Wissenschaftler und Mitarbeiter des Instituts für Geschichte der europäischen Volksdemokratien, an der Spitze Prof. Dr. Spinn, Prof. Dr. Gentzen und Dozent Dr. Wolfram, haben z. B. den nachfolgenden Brief an Prof. Dr. Neels, gerichtet: „Wir begrüßen Ihre in der letzten Nummer der Universitätzeitung veröffentlichte Stellungnahme, in der Sie Ihre Bereitschaft zur Verteidigung unseres sozialistischen Vaterlands mit allen geeigneten Mitteln erklären.“

Sie haben mit Ihren Worten zum Ausdruck gebracht, wovon auch wir zutiefst überzeugt sind. Alle Mitarbeiter unseres Instituts werden zur Verfügung stehen, wenn Partei und Regierung, in welcher Form auch immer - an Ihre Einsatzbereitschaft appellieren.“

# Für das Wahlprogramm des Friedens

Rechenschaftsbericht der Stadtverordneten Prof. Dr. Hedwig Voegt in der Hauptverwaltung

Einen Bericht über ihre Tätigkeit als Stadtverordnete in der vergangenen Legislaturperiode gab am vergangenen Donnerstag Frau Prof. Dr. Hedwig Voegt, Direktorin des Instituts für literarische Publizistik und Stilistik, vor den Kolleginnen und Kollegen der Universitäts-Hauptverwaltung.

Eindringlich betonte die Abgeordnete die außerordentliche Bedeutung der Erklärung der Sowjetunion zur Wiederaufnahme der Atomwaffenversuche. „Immer dringlicher, unaufschiebbarer wird der Abschluß eines Friedensvertrages. Sollte es jedoch einen Aggressor gelöst, in das sozialistische Lager und in die Sowjetunion einzufallen, so wird die Sowjetunion entsprechend antworten. Wir leben nicht mehr im Jahre 1941, als Hitler in die Sowjetunion einfallen konnte. Das sozialistische Lager, die Sowjetunion bestimmen heute die Entwicklung der Geschichte. Wir sind unerschütterlich davon überzeugt, daß die Sprache des Friedens von den Völkern verstanden wird“, sagte Prof. Dr. Voegt.

Sie unterstrich, daß sich auch die Mehrheit der Wissenschaftler unserer Universität in diesen historisch entscheidenden Tagen nicht hinter ihren Reagenzglasern oder ihren Forschungen begraben haben. Zahlreiche Professoren und nicht wenige

davon mit internationalem Ruf, haben ihre Verantwortung vor der deutschen Nation durch die politische Haltung eines sozialistischen Fachwissenschaftlers bekundet, wovon die Erklärung des Akademischen Senats bereites Zeugnis ablegt.

„Die Fronten, die Klassenfronten, waren noch nie so klar wie in diesen Tagen. Wir fordern von jedem, wo immer er stehen mag, eindeutige Parteinahme“, erklärte die Wissenschaftlerin vor ihren Wählern.

Ausführlich ging die Stadtverordnete Prof. Dr. Voegt auf die umfangreiche Aufbauarbeit ein, die in den vergangenen Jahren in Leipzig geleistet wurde. Im Jahre 1960 wurden im Gebiet der Stadt 1044 Wohnungen gebaut, in diesem Jahr werden es wieder 2312 sein. Vom Vertrauen unserer Bevölkerung in die sozialistische Zukunft und dem stetig wachsenden Wohlstand zeugt auch die Tatsache, daß sich beispiels-

weise die Sparanlagen der Bevölkerung in der Zeit von 1957 bis 1960 auf 954 - DM je Kopf der Bevölkerung erhöht und damit fast verdoppelt haben.

An Hand der geplanten und zum Teil schon begonnenen Bauprojekte gab Frau Prof. Dr. Voegt ein Bild von der Perspektive unserer Universitäts- und Messestadt. Die Wissenschaftler, die mit Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand in diesem Jahre nicht wieder kandidiert, appellierte am Schluß an die Kollegen, sich am 17. September für Frieden und Wohlstand unseres Volkes zu entscheiden. „Was am 13. August mit konsequenter Klarheit begonnen wurde, wird am 17. September von allen Bürgern der DDR bestätigt. Verwirklichen wir durch unsere Wahl der Kandidaten der Nationalen Front das humanistische Wahlprogramm für Frieden und Sozialismus.“

## Unsere Reservisten schrieben einen

### Brief an die Daheimgebliebenen

Liebe Freunde und Genossen!

Die Hälfte unserer Ausbildungszeit liegt nun schon hinter uns. Sicher marschierte mancher von uns am Anknüpfungspunkt mit gemischtem Gefühl durch das breite Tor des Ausbildungsobjektes. Ebnossicher gab es in den ersten Tagen Diskussionen über den Wert und Unwert der Kanten beim Bettenbau, der Grußpflicht und Exerzierübungen. Jetzt haben sich die meisten schon die militärischen Umgangsformen zu eigen gemacht und wir bewegen uns, von gelegentlichen kleinen Rückfällen ins „Zivilleben“ abgesehen, schon ganz wie richtige Soldaten der Volksarmee.

An der ganzen Ausbildung merkt man, daß unsere Ausbilder die Söhne von Arbeitern und Bauern sind, genau wie wir. Zu ihnen haben wir ein gutes, kameradschaftliches Verhältnis, ohne daß darunter die notwendige Disziplin leidet. Natürlich ist der Dienst nicht leicht, ob es nun um die Erfüllung der Zeitsnormen bei der Schulausbildung gegen chemische Waffen, um die Infanterieausbildung oder das Exerzieren an den Geschützen geht.

Granatenschleppen ist kein Brötchenstragen, und ein Lauf über die Sturmbahn ist kein Spaziergang. Der Wettbewerb von Mann zu Mann und von Gruppe zu Gruppe hilft dabei, Schwierigkeiten zu meistern, sich gegenseitig anzuspornen und zu

unterstützen. Eine ganze Reihe von uns waren schon „Bester Soldat des Tages“.

Uns verbindet ein festes Band mit dem täglichen Geschehen in der Republik. Das war besonders in den Tagen zu spüren, als unsere Genossen in und um Berlin den Frontstädtehelden in Westberlin das freche Maul stopften. Viele von uns verpflichteten sich aus diesem Anlaß, wenn es die Lage erforderlich macht, die Dienstzeit als Reservist zu verlängern.

Viele Diskussionen gab es um die Lage in Berlin, und immer wieder tauchte die Frage auf: Warum sind eine ganze Anzahl der Studenten, die sich zum Reservistenlehrgang gemeldet hatten, nicht angereist? Hat sie der Ernst der Lage abgehalten, ihre Pflicht zu tun? Wir finden, daß dieses Verhalten eines sozialistischen Studenten unwürdig ist. Diese Kommilitonen sollten sich überlegen, daß die Stipendien, die hier als Schützen, Kanoniere oder Panzersoldaten die Grundbegriffe der Tätigkeit ihrer Waffengattungen erlernen, ihre Kampftätigkeiten mit übernehmen müssen.

Wir sind uns einig in der Meinung, daß diese Freunde verantwortunglos gegenüber unserem Arbeiter- und Bauern-Staat gehandelt haben. Wir werden ihnen unsere Meinung dazu sagen und hoffen nur, daß sie sich bis dahin überlegt haben, wie sie ihr Versagen wieder gut machen können. Peter Berger

## Zur Rettung des Friedens

(Fortsetzung von Seite 1)

In vielen Versammlungen der Gewerkschaftsgruppen sowie in vielen Veranstaltungen begründeten Angehörige unserer Universität ihre Zustimmung zur neuesten Erklärung der UdSSR, die notwendige Maßnahmen zur Stärkung des sozialistischen Lagers festlegt und damit den Atomkrieg verhindert.

So sprach Prof. Dr. Basil Spinn vor den Studenten, die am Bau der Studentenwohnstadt helfen. Er erinnert daran, daß die Sowjetunion bisher alles unternommen hat, um die Kernwaffen auf der ganzen Welt abzuschaffen. Die starre, unanschlagige Haltung der Westmächte ließ es bisher weder zu einer Einigung zur Einstellung der Kernwaffenversuche und zur Kontrolle darüber, geschweige denn zu allgemeinen Abrüstungsmaßnahmen kommen. „Die letzten Äußerungen westlicher Politiker und die Absicht der USA, eine Spezialkernwaffe zu entwickeln, zeigen, daß der Westen seine Atomwaffenversuche fortsetzt. Vor diesen Menschenfeinden gilt es sich zu schützen. Die Sowjetregierung muß auf diesem Gebiet einen Vorsprung besitzen, um Wahnwitzige zu zügeln“, sagte Prof. Spinn weiter.

In einer von der Fakultät-Gewerkschaftsleitung einberufenen Versammlung der Wissenschaftler, Arbeiter und Angestellten der Landwirtschaftlichen Fakultät sprach Genosse Klaus Höpcke, Stellvertreter des Ersten Sekretärs der Universitäts-Parteileitung. Genosse Höpcke betonte, daß die von der Regierung der Sowjetunion ergriffenen Maßnahmen, wie auch die Erklärung selbst, das eine Ziel haben: Die Katastrophe zu verhindern, die eintreten würde, wenn die Imperialisten ihre Ziele verwirklichen könnten.

In den Versammlungen drückten die Universitätsangehörigen ihre Zustimmung zur sowjetischen Erklärung in Briefen an den Genossen Chruschtschow und Walter Ulbricht aus.

Im Brief der Gewerkschaftsgruppe am Institut für Psychologie heißt es z. B.:

„Wir wissen, daß dieser Schritt der Regierung der Sowjetunion sehr schwer fiel und daß er in vollem Bewußtsein der gewaltigen Tragweite beschlossen wurde. Die Wiederaufnahme von Kernwaffenexperimenten wurde durch die Verschärfung der internationalen Lage notwendig. Die Kriegsverbrecher müssen wissen, daß jede Aggression zur Vernichtung des Aggressors führt.“

„Dem sowjetischen Beispiel der Einstellung der Kernwaffenversuche sind die Westmächte nicht gefolgt. Sie haben sich bis an die Zähne atomar bewaffnet. Deshalb begrüßen wir in dem Beschluß der Sowjetregierung zur Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche die einzig wirksame Maßnahme, um die Katastrophe eines dritten Weltkrieges zu verhindern“, schreiben die Wissenschaftler des Instituts für Geschichte der europäischen Volksdemokratien.

## Mitverantwortlich für verlustlose Ernteeinbringung.

### Aufruf des Rektors an alle Studierenden der Karl-Marx-Universität

und die Erntearbeit unserer Republik einzusetzen.

Die tatkräftige Unterstützung der Genossenschaftsbauern durch unsere Studierenden verleiht dem einflussreichen Bündnis zwischen Arbeitern, Bauern und schaffender Intelligenz.

In Konkretisierung einer Anordnung des Staatssekretärs für das Hoch- und Fachschulwesen beschließt der Akademische Senat der Karl-Marx-Universität folgende Maßnahmen:

1. Das erste Studienjahr kommt fünf Wochen, das zweite bis letzte Studienjahr aller Fachrichtungen und Fakultäten drei Wochen in die Bezirke Cottbus und Frankfurt/Oder zum Einsatz. Der Einsatz des ersten Studienjahres beginnt am 4. 9. 1961, der des übrigen Studienjahres am 19. 9. 1961. Beide Einsätze enden am 7. 10. 1961. Die Vorbereitung des ersten Studienjahres auf den Landeinsatz erfolgt während der Einschreibung in der Zeit vom 28. bis 30. 8. 1961 und zentral in den jeweiligen Einsatzkreisen. Für das zweite bis letzte Studienjahr sind in der Zeit vom 12. bis 17. 9. 1961 der Studienbetrieb nach einem Sonderprogramm durchzuführen und gleichzeitig die Ernteeinsätze und die Volkswahlen vorzubereiten.

Vom Ernteeinsatz ausgenommen sind: a) das Examensemester der Medizinischen Fakultät, b) das erste Studienjahr der Fachrichtung Pharmazie.

2a) Über diesen Einsatz hinaus werden in den Bezirken Dresden und Karl-Marx-Stadt von Studierenden unserer Universität in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften Typ I Festigungseinsätze

in der Zeit vom 19. 9. bis 28. 10. 1961 durchgeführt. Zu diesem Zweck werden Komplex-Brigaden gebildet, die sich aus Studierenden folgender Fakultäten und Fachrichtungen zusammensetzen: Institut für Philosophie (2, 3. und 4. Studienjahr), Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät (3. und 4. Studienjahr), Juristenfakultät (3. und 4. Studienjahr), Landwirtschaftliche Fakultät (4. und 5. Studienjahr), Franz-Mehring-Institut (3. und 4. Studienjahr).

b) Das fünfte Studienjahr der Veterinärmedizinischen Fakultät wird in der Zeit vom 10. 9. bis 28. 10. 1961 in den nördlichen Kreisen der Bezirke Rostock und Schwerin zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und volkseigenen Güter bei der Lösung der Aufgaben in der Viehzucht eingesetzt.

3. Die an der Karl-Marx-Universität immatrikulierten ausländischen Studenten können auf Wunsch am Landeinsatz teilnehmen.

4. Durch den Ernteeinsatz erfährt der Rahmenplan für den Ablauf des Studienjahres 1961/62 folgende Veränderungen:

Vorlesungsabschnitt Herbstsemester: Vom 10. 10. 1961 bis 22. 11. 1961 und vom 8. 1. 1962 bis 3. 2. 1962 insgesamt 18 Wochen.

Die Winterpause und das Praktikum werden um je 14 Tage verkürzt. Das Praktikum beginnt am 5. 2. 1962 und endet am 17. 3. 1962 (insgesamt 6 Wochen).

Vorlesungsabschnitt Frühjahrsemester: Der Ablauf des Frühjahrsemesters erfolgt nach dem bisherigen Plan und beginnt am 19. 3. 1962.

5. Die politische und organisatorische Vorbereitung und Durchführung des Landeinsatzes erfordert von den verantwortlichen staatlichen Leitungen und dem Lehrkörper große Anstrengungen und bedarf der aktiven Unterstützung der gesellschaftlichen Organisationen.

a) Für die Vorbereitung und Durchführung des gesamten Landeinsatzes ist der Prorektor für Studienangelegenheiten, Dozent Dr. Möhle, verantwortlich; unter seiner Leitung ist eine zentrale Operativgruppe zu bilden.

b) Die Räte der Fakultäten und die Fachrichtungsleiter tragen in Zusammenarbeit mit der Operativgruppe und mit den in den Einsatzgebieten aus Angehörigen des wissenschaftlichen Nachwuchses zu bildenden Instruktorgruppen sowie den gesellschaftlichen Organisationen die Verantwortung für die Vorbereitung des Landeinsatzes an ihrer Ausbildungsrichtung und für die Betreuung ihrer Studenten.

Um eine wirkungsvolle Betreuung der Studierenden zu sichern, werden die Fakultäten bzw. Institute verpflichtet, aus dem Kreis des Lehrkörpers und des wissenschaftlichen Nachwuchses für je drei Seminargruppen einen Betreuer zu benennen. Für die einzelnen Seminargruppen sind geeignete Studenten als Betreuer einzusetzen.

6. Der Akademische Senat ruft alle Angehörige der Karl-Marx-Universität auf, sich aktiv an Wochenendseminaren zur Bewegung der Ernte zu beteiligen.

Im Namen des Akademischen Senats Prof. Dr. Dr. h. c. Georg Mayer, Rektor